21. Wahlperiode

Drucksache **21/3388**

HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2026
HHA

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026)

Drucksache 21/2971

Inhalt des Antrags: **Umsetzung der Maßnahmen im GRÜNEN Kita-Fachkräftegesetz**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel	08 05	Bezeichnung	Verpflichtende Transferleistungen
Produktnr.	038 neu	Bezeichnung	Kita-Fachkräftegesetz

Veränderungen in Euro		2026		
		von	**um**	**auf**
Produkterfolgsplan				
Nr.	**Bezeichnung**			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	30.000.000	30.000.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben		0	30.000.000	30.000.000

Eingegangen am 21.01.2026 · Ausgegeben am 21.01.2026
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Das Grüne Kita-Fachkräftegesetz sieht zahlreiche Maßnahmen vor, die die Ausbildung zum Erzieher bzw. zur Erzieherin attraktiver machen, die Qualität in Kindertageseinrichtungen erhöhen, das Personal in Kitas entlasten und die Kommunen unterstützen. Hierzu zählen unter anderem: (1) Eine jährliche Erhöhung der allgemeinen Betriebskostenförderung zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern um 2,5 Prozent zur Angleichung der Landesförderung an die Inflation; (2) ein Sozialraumbudget, welches Regionen mit besonderen sozialstrukturellen Herausforderungen fördert. Damit finanziert werden können – je nach den Bedarfen vor Ort – etwa Kita-Sozialarbeit, Sprachförderung oder andere pädagogische Angebote; (3) ein vom Land finanziertes Baukastensystem für Kita-Bauten, das konkrete von Architekturbüros erstellte und flexibel anpassbare Pläne enthält, wie ein Kita-Bau gestaltet werden könnte; (4) die Abschaffung des Schulgelds in der Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher oder (5) die Erhöhung der Platzkapazitäten in der Praxisintegrierten vergüteten Ausbildung (PivA) zur staatlich anerkannten Erzieherin und zum staatlich anerkannten Erzieher.

Für die Umsetzung dieser und weiterer Maßnahmen aus dem Kita-Fachkräftegesetz sind im Haushalt 2026 in einem ersten Schritt 30 Mio. Euro zu veranschlagen. Dieser Betrag wächst in den Folgejahren auf 44 Mio. Euro an.

Wiesbaden, 20. Januar 2026

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)